



Die Beauftragte
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke

Beitrag im Rahmen der Vortragsreihe „Freiheit“ am 10.10.2024 in Spremberg

Unrechtsstaat oder Sozialparadies?

DDR-Geschichte als andauernde Herausforderung der Aufarbeitung

Der Titel, den ich meinem Vortrag gegeben habe, ist eine Provokation. Ich weiß. Aber ehrlich gesagt, ich wollte auch ein bisschen provozieren. Denn die Bilder, die wir heute von der DDR haben, die in der Öffentlichkeit kursieren, von den Medien verbreitet werden oder die Geschichten, die in den Familien erzählt werden, sind sehr unterschiedlich. Sie sind nicht nur unterschiedlich, sondern oft gegensätzlich, kontrovers. Und manchmal auch verwunderlich anders, als man sie in den 1980er Jahren gehört hat. Bei der Frühstückspause in den Betrieben, beim Bier in der Kneipe, bei den Gesprächsabenden in der Kirchgemeinde, bei der Feier im Kreis der Familie oder auf der Party mit Freunden wurde ganz anders geredet. Da stand die Kritik an den Zuständen in der DDR im Mittelpunkt, gab man der Unzufriedenheit Ausdruck. Da regte man sich auf über die Mangelwirtschaft, tauschte sich darüber aus, wo man was bekommen könnte oder wer welche Beziehungen hat. Wer in den Westen reisen durfte, berichtete von seinen Erlebnissen und sprach von den Eindrücken, die so anders waren als man es von der DDR-Propaganda kannte. Oder man diskutierte über offensichtliche Umweltprobleme und wie sie in der Öffentlichkeit verschwiegen wurden. Wenn Sie, die Sie in der DDR gelebt haben, in Ihrer Erinnerung in die 80er Jahre zurückgehen, wissen Sie selbst, was Sie damals bewegt hat. Und wer nicht hier gelebt hat, kennt die Erzählungen über die Zustände. Nicht ohne Grund ist die DDR 1989 innerhalb kurzer Zeit zusammengebrochen.

In einer Allensbach-Umfrage vom Jahr 1990 bezeichneten 72 % der Ostdeutschen ihre Lebensumstände in der DDR als unerträglich. Eine aktuelle Studie der Universität Leipzig zeichnet dagegen ein ganz anderes Bild. 34 Jahre später hätten zwei Drittel aller Ostdeutschen eine ausgesprochene DDR-Sehnsucht ausgebildet. Die DDR ist zu einem imaginären Sehnsuchtsort geworden, bei dem alles ausgeblendet wird, was damals zum Protest gegen das System geführt hat. Eine junge Frau, die am 2. Oktober 1990 kurz vor der Vollendung der deutschen Einheit geboren ist und gerade fünf Stunden ihres Lebens DDR-Bürgerin war, erklärt in einem Interview der Sächsischen

Zeitung, dass sie nach Abwägen aller Vor- und Nachteile lieber in der DDR leben würde. Auch wenn es die Stasi gab, wäre ihr soziale Sicherheit doch wichtiger. Lieber Unfreiheit als Unsicherheit? Das ist offensichtlich ein weit verbreitetes Gefühl, auch bei denen die die DDR gar nicht selbst erlebt haben. Das bestätigt ein weiterer Befund aus der Umfrage: Bei den 16- 30-Jährigen, würden sich über 6,4 % als Verlierer der deutschen Einheit fühlen. Und 10 % der Befragten dieser Altersgruppe fühlen sich sogar als DDR-Bürger.

Was ist passiert, dass sich der Blick vieler Ostdeutscher auf die DDR so geändert hat? Der Blick auf das Land, das sich durch eine Mauer abgeschottet hat, damit ihm die Leute nicht davonliefen? In dem Menschen erschossen wurden, die in diesem Land nicht leben wollten, das von einer ungeliebten Partei regiert wurde, die mit Hilfe der Geheimpolizei, der Stasi, die Bevölkerung in Schach hielt. Ein Land, in dem die Altstädte verfielen, „Vitamin B“ notwendig war, um an Mangelware zu kommen, Menschen abgeholt wurden, wenn sie Kritik an der Politik äußerten – was ist passiert, dass sich dieser Blick so geändert hat?

Natürlich trauern nicht alle der DDR nach. Aber wenn zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung sich nach der sozialen Sicherheit in der DDR sehnen und nach dem damaligen Gemeinschaftsgefühl, ist das schon eine Frage, die uns beschäftigen muss. Warum erscheint die DDR heute in einem viel positiveren Bild, als wir es zu DDR-Zeiten gesehen haben, als eine Art Rundum-sorglos-Paket?

War es damals doch nicht so schlimm? Was hat zu diesem Perspektivwechsel geführt?

Sicher hat vieles damit zu tun, dass es 1989 große Hoffnungen auf Veränderung gab. Viele von uns waren frustriert über den Stillstand in der DDR, über das Beharren der greisen Staatsführung, keine Veränderungen zuzulassen. Wer darauf hoffte, dass mit Perestroika in der Sowjetunion auch eine Öffnung der DDR-Gesellschaft einhergehen würde, war spätestens nach dem Interview ernüchtert, das Kurt Hager im April 1987 der westdeutschen Illustrierten Stern gegeben hatte. Kurt Hager, SED-Politbüromitglied, galt als Chefideologe der DDR. Dass er ein Interview einer West-Illustrierten gab, war schon für sich genommen ein Ereignis. Das hatte etwas zu bedeuten, wusste jeder in der DDR, der zwischen den Zeilen zu lesen gelernt hatte – oder zu hören. Denn den Stern konnten sie ja nicht selbst lesen. Aber eine Aussage machte die Runde: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Das war eindeutig. Nun hieß es nicht mehr, „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“, wie es jahrzehntelang eingebläut wurde. Nun sollte der Stillstand zementiert werden, um die Macht der SED zu sichern.

Die Friedliche Revolution vor 35 Jahren war in hohem Maße mit Kritik am System des realen

Sozialismus verbunden. Forderungen wie „Demokratie – jetzt oder nie“, „Freie Wahlen“, „Stasi in die Volkswirtschaft“, „Visafrei nach Hawaii“ „Wir sind das Volk“ und schließlich „Wir sind ein Volk“ zeichnen ein Stimmungsbild vom damaligen Geschehen. So haben viele in der DDR empfunden. Sie haben Mut gefasst und ihren Protest auf die Straße getragen, politische Veränderungen eingefordert. Die entscheidende Demonstration fand am 9. Oktober in Leipzig statt, bei der 70.000 Menschen über den Leipziger Ring demonstrierten und der bis an die Zähne bewaffneten Staatsmacht mutig entgegentraten. Das war die Initialzündung für die Demonstrationswelle, die sich in den Wochen darauf über die gesamte DDR ausbreitete. Hier in Spremberg fand die erste Demo am 28. Oktober statt. Waren Sie dabei? Erinnern Sie sich an die Situation, an die Forderungen, die ab dem 4. Dezember am Runden Tisch diskutiert wurden?

Patrice Poutrus hat bei seinem Vortrag in dieser Veranstaltungsreihe über Lebenswege in der untergehenden DDR davon gesprochen und stellte fest, dass die Leute in den Interviews über diese Zeit keine Geschichten erzählt haben. Sie hätten die Stationen wie Mauerfall und Wiedervereinigung nur aufgeführt. Er schlussfolgerte, dass aus ihren Erzählungen erkennbar ist, sie seien nicht selbst gestaltend dabei gewesen, denn die Geschichte habe sie überrollt. Das mag für manch einen DDR-Bürger stimmen, aber nicht für alle. Die DDR wäre nicht zusammengebrochen, wenn es im Sommer 1989 nicht die Massenflucht über Ungarn und die Botschaftsbesetzungen in Prag und Warschau gegeben hätte. Gerade junge Menschen haben für sich keine Perspektive in diesem eingemauerten Land gesehen. Die SED wäre nicht entmachtet worden, wenn es in der DDR nicht den Druck von der Straße und die Gründung neuer Parteien und Bürgerbewegungen gegeben hätte. Die Mauer hätte nicht gestürzt werden können, wenn die DDR-Führung nicht das Volk verloren hätte. Selbst die Einheit ist mit einer ungeahnten Geschwindigkeit gekommen, weil die DDR-Bürger die schnelle D-Mark gewählt haben. Die Menschen in der DDR waren die Motoren dieser Entwicklung. Und viele wollten damals nicht hören, welche Gefahren diese Geschwindigkeit in sich barg. Die Folgen dieser Entwicklung haben jedoch viele getroffen – das wissen heute alle.

Der Sturz der Mauer hat eine ungeahnte Euphorie und Zukunftshoffnung ausgelöst. „Wahnsinn“ war 1989 das Wort des Jahres. Doch schon bald zeigte sich, dass die Gestaltung der Einheit mit riesigen Herausforderungen verbunden war – nicht nur für die politisch Verantwortlichen, sondern für alle Menschen, die in der DDR gelebt haben. Denn die deutsche und europäische Epochenäsur wirkte sich in jedem Leben der Ostdeutschen gravierend aus. Die alltäglichen Gewohnheiten und Gewissheiten gingen verloren. Alles musste neu gelernt werden. Der Umbau der Wirtschaft hatte Arbeitslosigkeit und soziale Verunsicherung zur Folge. Die lang ersehnte neugewonnene Freiheit

bedeutete gleichzeitig eine große Herausforderung für jeden Einzelnen. Dazu kann jeder, der diese Zeit erlebt hat, Geschichten erzählen.

Die heutige Perspektive auf das Leben in der DDR ist deshalb in hohem Maße von den individuellen Erfahrungen während der Transformationszeit der 1990er Jahre überlagert. Die Erinnerung an soziale Sicherheit durch gesicherte Arbeitsplätze und ein damals erlebtes Gemeinschaftsgefühl werden abgekoppelt von der Tatsache, dass diese Schicksalsgemeinschaft in der DDR zum großen Teil ein Ergebnis des Systems war und dass die nicht mehr finanzierbare soziale Absicherung die DDR in den wirtschaftlichen Ruin getrieben hat.

Schon 1988 legte der Vorsitzende der DDR-Plankommission, Gerhard Schürer, in einem vertraulichen Brief an Erich Honecker dar, dass die mangelhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die völlig überhöhten Subventionen die DDR in den wirtschaftlichen Abgrund führen. Die sozialpolitischen Maßnahmen, das Markenzeichen des DDR-Sozialismus, waren schon lange nicht mehr finanzierbar. Dazu gehörten neue Kindergartenplätze, bezahlter Mutterschutzurlaub, Mietsubventionen, höhere Mindestlöhne und Renten, kürzere Arbeitszeiten für berufstätige Mütter und nicht zuletzt das großangelegte Wohnungsbauprogramm. Selbst Blumen und Zierpflanzen wurden mit 450 Millionen D-Mark pro Jahr subventioniert. Nachzulesen in dem Schürer-Papier vom April 1988. Der von ihm geforderte Kurswechsel in der DDR-Wirtschaftspolitik wurde im Politbüro mit der Begründung vom Tisch gewischt, dass seine Vorlage das Prinzip der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frage stelle.¹ Ende Oktober 1989, die Erosion der DDR vor Augen, fiel Schürers Bilanz noch alarmierender aus. Die von ihm und vier anderen Ökonomen vorgelegte Analyse der finanziellen und wirtschaftlichen Lage in der DDR zeigt detailliert auf, warum und wie stark die DDR überschuldet war.² „Allein ein Stoppen der Verschuldung“, so heißt es, "würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen."

Neben allen Forderungen nach Umstrukturierungen wären zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Kredite in Höhe von zwei bis drei Mrd. D-Mark notwendig gewesen, für die mit der Bundesrepublik Verhandlungen aufgenommen werden sollten.

Wenn wir über Aufarbeitung von DDR-Geschichte sprechen, müssen wir verschiedene Aspekte in den Blick nehmen: das System in der DDR, wie es damals funktioniert oder nicht funktioniert hat und wie Politik in den Alltag hineinwirkte. Wichtig ist aber auch, dass wir die Erfahrungen aus der Transformationszeit nicht nur einer angeblichen westlichen Übernahme zuschreiben, sondern auch an die Situation zum Ende der DDR rückbinden. Denn wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren, dass die DDR wirtschaftlich am Ende war – ganz abgesehen davon, dass die Bevölkerung nicht mehr hinter

der Staatsführung stand. Und wir dürfen nicht vergessen, wieviel Unrecht in der DDR geschehen ist. Und damit bin ich bei dem gesetzlichen Auftrag, den ich als Aufarbeitungsbeauftragte im Land Brandenburg habe. Dazu gehören zwei wichtige Bereiche: Die Beratung von Menschen, die in der DDR aus politischen Gründen Unrecht erlitten haben und die Aufklärung der Öffentlichkeit über Strukturen und Mechanismen der Diktatur, insbesondere auch über die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit, die Stasi.

Nicht ohne Grund gehörte 1989 zu den Rufen der Demonstranten die Forderung, „Jedem seine Akte“ und „Stasi in die Produktion“. Das „Schild und Schwert der Partei“ wie die Selbstbezeichnung der Stasi lautete, hatte einen wichtigen Einfluss auf die Stabilisierung des Systems. Eine imaginäre Angst war mit der Geheimpolizei verbunden und hatte zu der Vorstellung von ihrer absoluten Allmacht geführt. Insofern war es wichtig, diesen Mythos zu brechen. Die Öffnung der Stasi-Akten ist zur Klärung, mit welchen Methoden die Stasi die Macht der SED stabilisiert und in das Leben der Menschen eingegriffen hat, bis heute von großer Bedeutung. Dazu ein aktuelles Beispiel:

2024 wird im Landtag Brandenburg eine Ausstellung zu Künstlernachlässen gezeigt. „[Kein] Kernbestandsdepot für Künstlernachlässe“ lautet der Titel. Der Verein Private Künstlernachlässe im Land Brandenburg, der diese Ausstellung kuratierte, setzt sich dafür ein, regional wertvolles Kulturgut vor dem Vergessen zu bewahren. Die Ausstellung präsentiert erstmals mehr als 100 Werke aus Kernbeständen von 18 Künstlerinnen und Künstlern aus Brandenburg, die bereits verstorben sind.

Zur Ausstellungseröffnung machte eine interessierte Besucherin, deren Vater als Künstler in der DDR heftigen Anfeindungen ausgesetzt war, die schließlich zu einem Ausreiseantrag führten, eine verstörende Entdeckung. Während ihr Vater, der ein bemerkenswertes Werk hinterlassen hat, bisher nicht in der Datenbank erfasst ist, gehört die Frau, die ihren Vater jahrelang bespitzelt und zahlreiche diffamierende Berichte über ihn an die Stasi weitergegeben hat, zu den präsentierten Künstlerinnen. Die Besucherin konfrontierte die Vorsitzende des Vereins, die Tochter dieser Künstlerin, mit dem Stasi-Vorwurf gegen ihre Mutter. Die Töchter von Opfer und Täterin standen plötzlich einander gegenüber. Ihr Aufeinandertreffen forderte sie heraus, mit dem so unterschiedlichen Erbe ihrer Eltern umzugehen. Was ist schlimmer? Darum zu kämpfen, dass das Erbe des Vaters, der in der DDR unter massivem politischem Druck stand und das Land verlassen musste, nicht vergessen wird, oder damit konfrontiert zu werden, dass die Mutter eine Denunziantin war? Besonders ärgerte die Tochter des Opfers, dass in der ausgestellten Biographie der Künstlerin ihre Zusammenarbeit mit der

Stasi nicht erwähnt wurde. Zumal sie sich daran erinnerte, dass viele der Künstler sich dieser Frau damals ahnungslos anvertraut haben. Die Tochter der beschuldigten Künstlerin wies den Vorwurf der Zusammenarbeit ihrer Mutter mit der Stasi in einer ersten Reaktion zurück, sie konnte sich so ein Verhalten ihrer Mutter nicht vorstellen.

Wie kann man mit so einer Situation umgehen? Welche Rolle spielen Stasi-Verstrickungen und deren Aufklärung heute noch? Sind Vorwürfe nach so langer Zeit gerechtfertigt? Sollte man die Sache ruhen lassen? Und wie ging die Landtagsverwaltung mit der Situation um?

Die Tochter des Opfers, die den Nachlass ihres Vaters auch gern in die Öffentlichkeit bringen würde, stellte in ihrer Galerie einige seiner Kunstwerke aus und hängte die Spitzelberichte daneben. Die Tochter der Künstlerin stellte letztendlich einen Antrag bei der Stasi-Unterlagen-Behörde zur Aufklärung des Sachverhalts. Wie gut, dass dies möglich ist, dass man die Akten einsehen kann und Aufklärung findet. Im Ergebnis bekam sie die Mitteilung, dass ihre Mutter 22 Jahre lang unter dem Decknamen „Franka Frankenstein“ als inoffizielle Mitarbeiterin für das MfS gearbeitet und die Kunst- und Kulturszene im Bezirk Cottbus ausgespäht hat. Auf Grundlage der vorliegenden Dokumente wurde eine kommentierende Tafel neben die Biographie der Künstlerin gehängt, die auf ihre Zusammenarbeit mit der Stasi verweist. Ein schmerzhafter Prozess für beide beteiligten Frauen, aber ein wichtiger Prozess, mit dem viele Fragen verknüpft sind.

Darf man so eine Zusammenarbeit öffentlich machen? Dürfen die Bilder von Künstlern ausgestellt werden, die mit dem MfS zusammengearbeitet haben? Zumal wenn sie anderen Künstlern nachweislich geschadet haben? Wie kann die Tochter des Opfers ihren Vater als vertriebenen Künstler rehabilitieren, wie kann sie Genugtuung bekommen gegen die Ausgrenzung ihres Vaters? Muss vor jeder Ausstellung geprüft werden, wie sich die Künstlerinnen und Künstler in der DDR verhalten haben? Sollten Täter und Opfer nebeneinander gezeigt werden, weil all diese Aspekte zur Kunst und zum Alltag in der DDR gehörten?

Das Beispiel dieser beiden Frauen macht zudem deutlich, wie die Geschichte von Täterschaft und Opfersein in den Familien nachwirkt, sich auch auf die nächste Generation überträgt und diese stark beschäftigt.

Das merken wir auch in der Beratungstätigkeit, wenn es um Einsicht in die Stasi-Akten geht. Zunehmend werden Anträge für verstorbene Angehörige gestellt. Kinder und Enkel wollen wissen, was ihre Familie geprägt hat. Sie wollen möglicherweise ein Familiengeheimnis aufdecken, das in der DDR geschehene Unrecht benennen können, nach möglicher Schuld und Verstrickung fragen und

was das mit der Familie und ihnen nahestehenden Menschen gemacht hat. Das ist ein schmerzhafter, aber wichtiger und heilsamer Prozess.

Auch aus der Beratung von Menschen, die in der DDR aus politischen Gründen Unrecht erlitten oder Opfer des Systems wurden, wissen wir, wie wichtig es ist, das erlittene Unrecht offenzulegen und den Betroffenen Unterstützung zu geben, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen, das Unrecht zu benennen und wiedergutzumachen, soweit dies überhaupt möglich ist.

Seit 1992 gibt es die gesetzliche Möglichkeit der Rehabilitierung solchen Unrechts. Rehabilitiert werden kann der Entzug von Eigentum, wie z. B. die Enteignung von Familienbetrieben, Kunstgegenständen oder landwirtschaftlichen Flächen, die Zwangsumsiedlung von Menschen aus dem Grenzgebiet an der innerdeutschen Grenze in den Jahren 1952 und 1961, die Zersetzungsmaßnahmen der Stasi, um Menschen in ihrer Psyche zu zerstören und aus ihren sozialen Zusammenhängen zu verdrängen, oder auch berufliche Benachteiligung und das Versagen von Abitur und Studium aus politischen Gründen. Rehabilitierungsmöglichkeiten gibt es auch für diejenigen, die in der DDR aus politischen Gründen in Haft waren: Dazu gehören Menschen, die wegen eines Fluchtversuchs oder der sogenannten „ungesetzlichen Kontaktaufnahme“ in den Westen bestraft wurden, weil sie z. B. an einen westlichen Radiosender geschrieben hatten oder Westverwandte über ihr Ausreiseersuchen informierten. Oft reichte ein ungeschütztes kritisches Wort über die politische Situation in der DDR, ein Witz, ein Ausreiseantrag oder die Ablehnung der SED-Politik, um wegen „staatsfeindlicher Hetze“ im Stasi-Knast zu landen. Oder im Jugendwerkhof.

Das repressive Erziehungs- und Heimsystem in der DDR ist gerade in den letzten Jahren stärker in den Blick gekommen. Ziel dieser Einrichtungen war die Erziehung zum sozialistischen Menschen. Wer diesem Bild nicht entsprach, wessen Eltern die Vorgaben und staatlichen Erwartungen nicht erfüllten, konnte schnell in den Fokus des Jugendamtes und der Jugendhilfeausschüsse geraten und zur Umerziehung in ein Spezialkinderheim oder einen Jugendwerkhof eingewiesen werden.

Schauen wir uns ein Beispiel an: Herr Z. wuchs in einem liebevollen Elternhaus auf. 1986, im Alter von zehn Jahren, beging er einige kleinere Taschendiebstähle, was – wie wir alle wissen – in seiner Altersstufe keineswegs ungewöhnlich ist. Dies wurde bei Herrn Z. jedoch als Anzeichen eines frühkindlichen Hirnschadens gedeutet. Nach Untersuchungen in der Bezirksnervenklinik Brandenburg an der Havel wurde den Eltern eine Heimeinweisung empfohlen und vom zuständigen Jugendamt die Einweisung in ein Spezialkinderheim organisiert. Seine besorgten Eltern wurden damit beruhigt, dass er dort für ein Jahr von pädagogischen Fachkräften betreut werde, die ihm helfen würden, mit seiner Störung umzugehen. Doch was passierte wirklich? Mehr als zweieinhalb

Jahre wurde er wie ein Jungkrimineller behandelt, litt unter der Trennung von seiner Familie, erlitt Drangsalierung, Disziplinierung und Gewalt, was seine weitere Entwicklung massiv beeinflusste. Alle Versuche der Eltern, ihr Kind aus dem Heim zurückzuholen, scheiterten am Widerstand von Heimleitung und Jugendamt. Nur die Friedliche Revolution verhinderte, dass Herr Z. in den Jugendwerkhof weitergereicht wurde. Dass er 28 Jahre später in Begleitung seiner Tante zur Beratung kam, geschah nur, weil die Tante kurz zuvor von seinen erschütternden Heimerlebnissen erfahren hatte und für ihn Hilfe erhoffte. Herr Z. konnte viele Jahre mit niemandem über das Erlebte sprechen und auch im Beratungsgespräch brauchte er die Unterstützung seiner Tante.

Die Geschichte von Herrn Z. zeigt exemplarisch, wie in der DDR vor dem Hintergrund der Umerziehungsideologie mit Kindern umgegangen wurde, die sich nicht normenkonform verhielten. Sie zeigt auch, wie sie noch heute massiv an den Folgen leiden. Wir sehen zudem, dass es nicht selten Angehörige sind, die auf eine Aufarbeitung, Rehabilitierung und Entschädigung für Geschehnisse drängen, die 35 Jahre und mehr zurückliegen.

Aufarbeitung ist ein Prozess, der noch lange nicht abgeschlossen ist. Denn der Verlauf und die Dynamik der individuellen Auseinandersetzung mit dem Geschehen in der DDR und der Bewältigung eigener Erlebnisse – aber auch der Familiengeschichte – vollziehen sich in ganz anderen Schritten und Geschwindigkeiten als die geschichtswissenschaftliche oder politische Aufarbeitung. Unrecht im Heimerziehungssystem der DDR war zu Beginn der 1990er Jahre noch kaum im Fokus der Aufarbeitung, genauso wie der gezielte Dopingmissbrauch an Minderjährigen, die Fragen von Haftzwangsarbeit oder die psychischen Folgen von Zwangsaussiedlung. Viele Themen brauchen Jahre und Jahrzehnte, bis sie überhaupt von Politik und Gesellschaft als solche erkannt und faktenbasiert aufgearbeitet werden.

Hinzu kommt, dass bei vielen Betroffenen die gesundheitlichen und psychischen Spätfolgen erlittenen Unrechts erst im höheren Alter auftauchen oder zur massiven Belastung werden. Herr R., der seine Kindheit im Heim verbringen musste und wegen eines Fluchtversuchs in Haft war, konnte zwar nach 1989 ein erfolgreiches mittelständisches Unternehmen aufbauen. Nach Aufgabe seiner Firma bei Renteneintritt holten ihn jedoch die Erinnerungen aus seiner Haftzeit allnächtlich ein. Er würde Nacht für Nacht schweißgebadet aufwachen und hätte massive Schlafstörungen, so berichtete er mir. Die Belastungen, unter denen er nun leidet, konnte er während seiner Berufstätigkeit erfolgreich verdrängen.

Wir wissen heute, dass ehemals politisch Verfolgte oder von Systemunrecht Betroffene unter vielfältigen Traumafolgestörungen leiden und dass es eine intergenerationelle Weitergabe von

Leiderfahrungen geben kann, also erlittene Traumata sich auf die folgende Generation auswirken können. Hier sind nicht nur wir Aufarbeitungsbeauftragte und unsere Beratungsteams gefragt, um sich dieser persönlichen Geschichten und Schicksale anzunehmen, um zuzuhören und Wege behördlicher Unterstützung zu finden bis zur Vermittlung von juristischer Expertise oder Trauma-Beratung. Hier sind wir alle als Teil der Gesellschaft gefragt.

Als Sozialparadies, um auf den Titel meines Vortrags zurückzukommen, haben diese Menschen die DDR nicht erlebt. Das erlebte Unrecht bestimmt bis heute ihren Alltag. Und es kann wie Gift in den Familien nachwirken. Das zeigt das Beispiel der beiden Frauen, deren eigene Geschichte durch die Eltern in die Unrechtsgeschichte verquickt ist.

Bei der Erinnerung an die DDR wird von vielen heute ausgeblendet, dass die Idee einer gerechten Gesellschaft, wie sie die DDR propagierte, nur mit der Einschränkung von Freiheit, der geforderten Anpassung und einem diffizilen Repressionssystem aufrechterhalten werden konnte. Das Gefühl, nicht sagen zu dürfen, was man dachte, nicht frei entscheiden zu können, die um sich greifende Perspektivlosigkeit, die viele aus dem Land trieb und der Wunsch nach Veränderung bestimmten die Stimmung und die Erfahrung zum Ende der DDR. Eine Bewertung des Lebens in der DDR kann nicht abgekoppelt werden von den Systembedingungen. Das heißt aber nicht, dass jeder einzelne für sich auch viele schöne Erfahrungen und Erlebnisse gehabt hat. Auch die Menschen in der DDR waren jung, haben geliebt, die gegebenen Möglichkeiten zu gestalten versucht. Sie waren erfindungsreich und kreativ und haben trotz des Mangels Erstaunliches geleistet.

Der Rückblick auf das Leben in der DDR, auf das, was den Alltag und das Verhalten jedes Einzelnen geprägt hat und die Erinnerung aus dem Abstand von 35 Jahren erfordern deshalb Transparenz, die Benennung der Tatsachen und Glaubwürdigkeit. Es gab nicht „die“ DDR-Bürger, sondern Menschen mit sehr unterschiedlichen Biographien. Das Leben in der DDR erforderte, sich zum Staat und zu den politischen Verhältnissen zu verhalten. Es changierte zwischen der Identifikation mit dem Sozialismus aus politischer Überzeugung, einer Anpassung an die Verhältnisse, um möglichst problemlos durchzukommen, versteckter und offener Kritik an den Bedingungen bis hin zu Widerstand und Ablehnung der DDR. Sich heute die DDR schönzureden und über die Probleme hinwegzusehen ist genauso zu hinterfragen, wie eine ausschließliche Fokussierung auf das politisch motivierte Systemunrecht, einem Teil der Alltagswirklichkeit. Beides müssen wir in den Blick nehmen, wenn wir die Geschichte der DDR aufarbeiten. Der Rückblick auf soziale Sicherheit ist mit den heute bekannten Fakten über die wirtschaftlichen Probleme und die erodierende Akzeptanz der Politik durch die Bevölkerung zusammenzudenken. Letztlich gilt es, die Grundsatzfrage zu stellen, ob

ein System überleben kann, das gegen die eigene Bevölkerung Politik macht.

Und damit sind wir bei der Frage, wie wir heute unser Zusammenleben gestalten wollen, wie wir die Errungenschaften von 1989 mit Leben füllen. Wie reagieren wir auf die sich real stellenden Fragen und Probleme der heutigen Gesellschaft. Wie finden wir Antworten, ohne in Nostalgie zu verfallen? Wir leben heute in einem demokratischen Land, das Bürgerrechte gewährt und unsere Beteiligung braucht. Die Reflexion dessen, was unsere Geschichte geprägt hat, kann und sollte Inspiration dafür sein, was heute zu tun ist. Dazu gehören die Erfahrungen aus der DDR genauso wie die aus der Transformationszeit. Dazu gehört es, den Rechtsstaat zu schätzen und demokratische Teilhabemöglichkeiten zu nutzen.

Die Veranstaltungsreihe der BTU, die mit dem heutigen Abend abschließt, hat sich dem Thema Freiheit gewidmet. Aufhänger für diese Thematik waren zwei historische Ereignisse, die die deutsche Geschichte geprägt haben: die Verabschiedung des Grundgesetzes vor 75 Jahren und die Friedliche Revolution vor 35 Jahren. Beide Ereignisse sind entscheidend für das Leben im demokratisch verfassten vereinten Deutschland. Die Jubiläen bieten die Gelegenheit, sich über die zentrale Bedeutung von Freiheit zu verständigen, Freiheit als einem entscheidenden Wert, auf dem unsere Gesellschaft beruht. Die Gewährung freiheitlicher Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger sind maßgeblich für eine demokratisch verfasste und damit auch gerechte Gesellschaft. Diese Grundrechte waren in der DDR nicht gewährleistet. DAS ist der entscheidende Grund, weshalb ein System, das soziale Sicherheit nur durch ein repressives System ermöglicht, keine Perspektive haben kann.

¹ <https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/themenbeitraege/kontroverse-zwischen-planungschef-schuerer-und-partieoekonomen-mittag-wegen-der-wirtschaftlichen-lage-1988/>, abgerufen am 4.10.2024.

² Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989, Geheime Verschlusssache b5 – 1158/89, BArch DY 30 J IV 2 2a 3252, vgl.: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/die-kriseanalyse-des-ddr-chefplaners-417988> und <https://www.bpb.de> Stichwort Schürer-Papier 1989, abgerufen am 4.10.2024.